



# Meilenstein für soziale Gerechtigkeit

## Die rot-rot-grüne Landesregierung beschließt den Haushalt 2018/2019

**Bis in die späten Abendstunden dauerte die Landtagssitzung. Die CDU hatte mit hunderten Änderungsanträgen versucht, den Beschluss zu verzögern. Im Haushaltsausschuss hatten die Konservativen sogar nach der korrekten Verwendung von Büroklammern gefragt. Doch die rot-rot-grüne Mehrheit stand. Am 25. Januar 2018 beschlossen DIE LINKE, SPD und die Grünen den Landeshaushalt für die Jahre 2018 und 2019. Der Finanzplan für Thüringen verdient zu Recht den Namen „Investitionshaushalt“. Denn es wird massiv investiert: In die Menschen, in die Bildung, den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft, in die Kultur, in die Infrastruktur.**

### Investitionen ins Soziale

In seiner Rede sagte der haushaltspolitische Sprecher der Thüringer Linksfraktion Mike Huster: „Durch ein gebührenfreies letztes Kindergartenjahr entlasten wir Familien um 1.440 Euro pro Jahr. Wir steigern die Qualität der Betreuung in Kitas durch deutliche Verbesserung des Personalschlüssels für 3-4 jährige. Durch steigende Investitionen in Schulgebäude und Sportanlagen, Theater und Orchester, Schiene und Straße in einer Höhe von 1,7 Milliarden Gesamtinvestitionen. Durch die zusätzliche Einstellung von mehreren hundert Lehrerinnen und Lehrern und die Erhöhung der Ausbildungszahlen für Polizistinnen und Polizisten sorgen wir für spürbare Verbesserungen

in den Bereichen Bildung und Sicherheit.“ Und Huster erinnerte an Fehlentscheidungen der CDU: „Opfer der jahrelangen Sparpolitik der CDU wurden auch die blinden Menschen im Land. Rot-Rot-Grün hat das Blindengeld wieder auf aktuell 360 Euro und ab 1. Juli 2018 auf 400 Euro monatlich angehoben. Zusätzlich wird rückwirkend ab dem 1. Juli 2017 ein Gehörlosengeld in Höhe von 100 Euro monatlich eingeführt. Damit erhalten weitere 1.900 Menschen einen Nachteilsausgleich. Als die CDU noch regierte, gab es in Thüringen für Schulinvestitionen nur 15 Millionen Euro jährlich. Nicht für jeden Kreis, sondern für ganz Thüringen. Sonst nichts! Der Sanierungsstau belief sich am Ende auf eine halbe Milliarde Euro. Rot-Rot-Grün wird den Schulinvestitionsstau mit steigenden Mitteln im Doppelhaushalt am Ende dieser Legislaturperiode um mehr als die Hälfte reduziert haben.“

### Geld für die Kommunen

Auch die Kommunen stehen mit dem neuen Haushalt besser da, als je zuvor. Mike Huster sagte im Parlament: „Viele Kommunen waren so knapp bei Kasse, dass sie schon seit Jahren keine Eigenmittel zur Kofinanzierung von Förderprogrammen aufbringen können. Mit den Anträgen der Koalition für den Doppelhaushalt wird ein weiteres großes Investitionspaket für Thüringer Kommunen auf den Weg gebracht. Wir sorgen für 200 Millionen Euro mehr für Kommunen. Das wird den Thüringer Kommunen richtig helfen!“



### Mehr Arbeitsplätze!

Außerdem führt die Regierung die Landesarbeitsmarktprogramme auf hohem Niveau fort. Damit werden unter anderem Langzeitarbeitslose und Menschen mit Behinderungen sowie mit Migrationshintergrund stärker gefördert. Die Anhebung der Landeszuweisungen für die Theater und Orchester bis zu 76 Millionen Euro im Jahr 2019 sichert das Angebot in Breite und Vielfalt, obwohl viele kommunale Zuwendungsgeber ihre Zuweisungen nicht erhöhen können oder wollen. Dies ermöglicht tarifliche Verbesserungen für die Mitarbeiter an den Häusern. Einen erheblichen Aufwuchs gibt es für Investitionen bei den Theatern – sie steigen von 1.250.000 Euro 2017

auf 9.035.500 Euro im Jahr 2019 an. Intakte Spielstätten sind Voraussetzung dafür, dass Konzert und Theater stattfinden kann.

### Wir machen´s gerecht!

Rot-Rot-Grün beginnt auch ein neues Kapitel beim Umgang mit Landesschulden: Wir bauen mit Augenmaß und Verstand alte Schulden ab und beenden die CDU-Schattenhaushalte mit ihren hunderte Millionen schweren Schulden. Der Haushalt folgt dem Dreiklang aus Investieren, Tilgen und Vorsorgen. Er ist ein wichtiger Meilenstein für mehr soziale Gerechtigkeit, für mehr Investitionen in Bildung, Kultur und Infrastruktur. Wir machen Thüringen gerecht und zukunftsfest. ■

# Thüringen zukunftsfest: Sozial, sicher und modern!

## Die rot-rot-grüne Landesregierung stellt ihre politischen Schwerpunkte für 2018 / 2019 vor

Bodo Ramelow ging am 23. Januar 2018 mit einer klaren Ansage vor die Presse. In der Regierungs-Medienkonferenz in der Erfurter Staatskanzlei stellte der Ministerpräsident (DIE LINKE) mit Blick auf die kommenden Landtagswahlen klar: „Wir bewerben uns 2019 um eine weitere Amtszeit, um den Umbau des Landes zu Ende zu bringen.“ Die Presse griff das auf – auch weil Ramelow gemeinsam mit seinen beiden Stellvertreterinnen, Finanzministerin Heike Taubert (SPD) und Umweltministerin Anja Siegesmund (Grüne) vor die Presse getreten war. „Rot-Rot-Grün will es noch mal wissen“, fasste der MDR zusammen.

In der Staatskanzlei stellte die Landesregierung ihre politischen Schwerpunkte für die kommenden zwei Jahre vor. Die Vorhaben sind klar: Ein sicheres, soziales und demokratisches Thüringen. Gute Bildung und Kitas, gute Arbeit, ein moderner und digital gut gerüsteter Freistaat, gute medizinische Versorgung und Pflege – damit die Menschen, jung und alt, in einem lebenswerten und zukunftsfesten Thüringen zuhause sind.

Die rot-rot-grüne Koalition steht hinter den Vorhaben. Für DIE LINKE im Thüringer Landtag erklärte die Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Well-

sow: „Die Landesregierung setzt auf die richtigen Themen. Wir wollen Thüringen für die Menschen zukunftsfest machen. Der solide Doppelhaushalt 2018/2019, den die rot-rot-grünen Fraktionen nun beschlossen haben, ist die Grundlage für unsere weiteren Vorhaben. Wir wollen Thüringen auch über das Jahr 2019 politisch gestalten: sozial, sicher, demokratisch, ökologisch und modern. Soziale Sicherheit für alle, mehr Mitbestimmung, verantwortungsvolle Gestaltung der Digitalisierung von Arbeit, Gesellschaft und Verwaltung, gute Bildung, ein sozial-ökologischer Umbau und starke Kommunen sind Kernvorhaben von Rot-Rot-Grün.

Ein lebenswertes Zuhause für die Menschen in Thüringen ist unser Ziel.“ sagte die Fraktionsvorsitzende.

Finanzministerin Taubert wies darauf hin, dass es der rot-rot-grünen Regierung gelungen sei, endlich die versteckten Millionenschulden früherer CDU-Landesregierungen – die beschönigend als „Sondervermögen“ bezeichnet wurden – aufzulösen. „Das ist spektakulär!“, kommentierte sie. Die ehemaligen CDU-Regierungen hatten unter irreführenden Namen Millionenschulden in den Haushalten versteckt. Rot-Rot-Grün hat nun auch hier für Klarheit gesorgt. ■

## KURZ UND PRÄGNANT

### Weg mit dem Streikverbot!

„Das Streikverbot für verbeamtete Lehrer ist unzeitgemäß und muss revidiert werden“, fordert Torsten Wolf, bildungspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag.

Der Anlass, das Thema aufzugreifen, war die Verhandlung des Bundesverfassungsgerichts am 17. Januar 2018 zum Beamtenstreikrecht für Lehrerinnen und Lehrer. Im Mittelpunkt des Verfahrens steht die Frage, ob Lehrer hoheitliche Aufgaben vollziehen und ihnen dadurch das Grundrecht auf Streik durch den Gesetzgeber genommen werden darf. Gegen die bisherige Praxis klagen vier verbeamtete Lehrer, die nach einem Streik durch ihren Dienstherrn belangt worden waren. Unterstützung findet ihre Klage unter anderem durch die „Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft“ (GEW).

Nach Ansicht des Bildungsexperten der Thüringer Linksfraktion, Torsten Wolf, ist die Frage der hoheitlichen Aufgaben längst beantwortet. Wenn verschiedene Statusgruppen – verbeamtete Lehrer, angestellte Lehrer, ja selbst Seiteneinsteiger – die gleichen Arbeitsaufgaben und Pflichten übertragen bekommen, zum Beispiel Prüfungen abnehmen und Zeugnisse ausfertigen sowie unterschreiben, muss ihnen der Dienstherr auch gleiche Rechte einräumen – und damit auch das Streikrecht. „Hoheitliche Aufgaben an der Schule übt im engeren Sinn nur die Schulleitung aus. Das Streikrecht ließe sich in Zukunft mit einem geregelten Schulablauf vereinbaren, da es für jeden Streik Notfallpläne gibt“, sagt Wolf.

Für DIE LINKE ist klar: Das Streikrecht ist ein politisches Menschenrecht, das stellte auch bereits der Europäische Gerichtshof fest. Die Einschränkung eines Menschen- und Grundrechts ist nur in Ausnahmefällen zulässig, zum Beispiel zur Gefahrenabwehr im Bereich der Feuerwehr oder der Polizei. Das Grundrecht der Schülerinnen und Schüler auf Bildung wird aber von streikenden Lehrern und zeitlich begrenztem Unterrichtsausfall nicht beeinträchtigt, solange durch Notfallvereinbarungen die Aufsichtspflicht und die Unterrichtserteilung abgesichert sind. Deshalb sollten verbeamtete Lehrerinnen und Lehrer nicht ihrer Grundrechte beraubt werden, meint der Bildungsexperte der Linksfraktion. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts wird erst in einigen Monaten erwartet. ■

## Für bessere Studienbedingungen

Zustimmung für rot-rot-grünes Hochschulgesetz und weitere Forderungen an Regierung

Etwa 100 Studierende waren am 18. Januar 2018 trotz wilder Sturm böen vor den Thüringer Landtag gezogen, um dort für eine linke Hochschulpolitik zu demonstrieren. Im Parlament fand zum gleichen Zeitpunkt die Anhörung des Landtags zum neuen Hochschulgesetz der rot-rot-grünen Landesregierung statt.

Neben der „Konferenz Thüringer Studierendenschaften“ und der Jugendorganisation des „Deutschen Gewerkschaftsbundes“ hatten unter anderem die Jugendverbände von Grünen, LINKE und SPD sowie weitere linke Gruppen zu der Demonstration aufgerufen. „Wir wollen freie Lehre! Wir wollen keine Hochschulen die von Wirtschaftsinteressen geleitet werden! Und wir wollen Hochschulen, an denen für jede und jeden Platz ist!“, hieß es im Aufruf zu der Veranstaltung. Und auf dem Transparent an der Spitze der Demonstration hieß es: „Für eine progressive Hochschulpolitik!“

Einige wichtige Forderungen seien bereits im neuen Gesetz umgesetzt, doch die Vorstellungen der Studierenden gehen noch darüber hinaus. Es gehe unter anderem um die komplette und bedingungslose Abschaffung der Anwesenheitspflicht, die Abschaffung von Langzeitstudiengebühren, die Einführung einer Zivilklausel gegen Rüstungsforschung an den Hochschulen, die Ablehnung von Stiftungs- und Privatunis, eine noch stärkere Demokratisierung der Hochschulgremien und mehr Mitbestimmung für Beschäftigte



Christian Schaft, hochschulpolitischer Sprecher der Linksfraktion auf der Demonstration der Studierenden vor dem Landtag.

und Studierende sowie eine 50%-Frauenquote für die Neubesetzung von ProfessorInnenstellen.

Der hochschulpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Christian Schaft, nahm an der Demonstration teil und sprach auf der Kundgebung vor dem Landtag zu den Studierenden. Er sagte: „Ich begrüße es, dass die Thüringer Studierenden die Fortentwicklung des Thüringer Hochschulstandortes nicht nur ihren gewählten Vertreterinnen und Vertretern überlassen, sondern selbst für bessere Studienbedingungen die Stimme erheben.“

Schaft betonte zudem, dass sich in der Anhörung im Parlament gezeigt habe, dass das neue Hochschulgesetz von Rot-Rot-Grün auf breite Zustimmung

der Studierendenvertretungen stöße: „Wie zahlreiche Rednerinnen und Redner dargestellt haben, wurden bereits wesentliche Forderungen, die die Studierendenschaft teils seit Jahrzehnten verlangt, bereits jetzt im Gesetzentwurf der Landesregierung umgesetzt. Die paritätische Besetzung der Hochschulgremien, die Stärkung von Gleichstellung und Diversität, die verbindliche Einführung einer Zivilklausel oder auch die Verschiebung der Entscheidungskompetenzen hin zum Senat sind bereits jetzt vorgesehen und werden auch nach der Anhörung Bestand haben.“ Dennoch sei klar, dass DIE LINKE im Landtag auch die weiteren Forderungen der Studierenden, die auch im Rahmen der Anhörung im Parlament eine wesentliche Rolle gespielt haben, wohlwollend weiter diskutieren werde. ■

## „Komm, wir holen uns die Zeit!“

LINKE unterstützt Forderungen nach mehr Lohn und weniger Arbeit in der Metallindustrie

Hunderte Beschäftigte der Metallindustrie waren am 19. Januar 2018 in Erfurt auf der Straße, um für ihre Forderungen in der aktuellen Tarifrunde zu demonstrieren: Sechs Prozent mehr Lohn und weniger Arbeit.

Die Demonstration zog von den Erfurter Siemens- und Schuler-Werken zum „Radisson-Hotel“ in der Innenstadt, wo Gewerkschaft und Arbeitgeber verhandelten. An der Demonstration nahm neben Thüringens Wirtschaftsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) auch Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der LINKE-Fraktion im Landtag und der Thüringer Linkspartei, teil. Am Rande der Kundgebung sagte sie: „Ich begrüße die Forderungen ausdrücklich. Es wird Zeit, dass von den Milliarden Gewinnen der Konzerne auch etwas bei den Beschäftigten, die diese Gewinne mit ihrer Arbeitskraft ermöglichen, ankommt. Mehr Zeit und mehr Geld zum Leben sind die richtigen Antworten.“



Die LINKE-Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow bei einem Warnstreik am 19. Januar 2018.

Auch die sozialpolitische Sprecherin der Thüringer Linksfraktion Karola Stange erklärte ihre Unterstützung: „Die Gewinne vieler Unternehmen steigen, die Auftragsbücher sind voll. Ich sehe hier die Arbeitgeber in der Verantwortung, auch ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angemessen zu beteiligen – schließlich erwirtschaften sie mit ihrer Arbeit den Gewinn.“

Hennig-Wellsow kritisierte auch die niedrigeren Löhne im Osten: „Unterschiedliche Löhne in Ost und West bei gleicher Arbeit müssen der Vergangenheit angehören!“ 28 Jahre nach der Einheit sei es „unselig, dass Kolleginnen und Kollegen im selben Tarifvertrag, im selben Unternehmen je nach Standort ihres Werkes immer noch unterschiedliche Löhne erhalten.“ ■



# Glückwunsch Gregor Gysi!



Gregor Gysi beim Friedensfest in Gera 2017.

**„Ich war zwölf, als ich Dich 1990 das erste Mal auf einer Veranstaltung in Erfurt erlebte“, erinnert sich Susanne Hennig-Wellsow an ihre erste Begegnung mit Gregor Gysi – es war eine schwierige Zeit für die Menschen in Ostdeutschland. Nun gratulierte sie ihm als Vorsitzende der Thüringer Linksfraktion und der hiesigen Landespartei zu seinem 70. Geburtstag: „Heute bist du 70, ich 40 – und wir machen aus Überzeugung in einer Partei Politik, in der LINKEN. Danke, dass du der bist, der du bist!“**

Die Linksfraktion im Bundestag hatte am 17. Januar 2018, einen Tag nach seinem Geburtstag, zu einem Empfang für ihren langjährigen Vorsitzenden, den „Haudegen der Politik“ (ARD) und heutigen Vorsitzenden der Europäischen Linkspartei in den Berliner Reichstag eingeladen. Neben vielen GenossInnen, Abgeordneten, FreundInnen und JournalistInnen war auch das gesamte Bundestagspräsidium gekommen, um Gysi zu gratulieren.

Der heutige Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Bundestag, Dietmar Bartsch, dankte in seiner Rede für Gysis politisches Wirken seit 1989/’90: „Ohne Dich wäre unsere Partei DIE LINKE undenkbar. Heute bist Du verdientermaßen einer der bedeutendsten Politiker Deutschlands.“ Bartsch erinnerte: „Wir haben seit 1990 so manche Kämpfe gegen teils erbitterte politische Gegner und selbst einen Hungerstreik gemeinsam gemeistert“. Auch Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) war gekommen, um zu gratulieren. Er betonte in seiner Rede, Gysi sei „ein begnadeter Redner“. Es mache Spaß, seinen Reden zuzuhören, „selbst wenn man Ihre Auffassung überhaupt nicht teilt.“

Das Interesse von Menschen und Medien an Gysi ist ungebrochen. Die Zeitungen und Fernsehsender waren aus Anlass seines Geburtstags voll mit Porträts und Interviews, und seine aktuelle Autobiographie „Ein Leben ist zu wenig“ (Aufbau Verlag) schoss in kurzer Zeit auf Platz eins der Bestseller-Li-

ster des „Spiegels“ für Sachbücher. Selbst Thüringens ehemalige Ministerpräsidentin und frühere CDU-Vorsitzende im Freistaat, Christine Lieberknecht, fand in einer Besprechung im konservativen Magazin „Cicero“ (Nr. 2/2018) lobende Worte für das Buch und warf – ganz anders als andere Vertreter ihrer Partei – einen differenzierten Blick auf die Rolle der früheren SED/PDS unter Gysis Vorsitz in den Jahren 1989/’90: „Denn zum Gelingen der friedlichen Revolution in der DDR leistete neben vielen anderen Akteuren auch die frühere SED/PDS ihren unbestreitbaren Beitrag. Eine Wahrheit, die bisher kaum in der jüngeren Geschichtsschreibung unseres Landes angekommen ist.“

„Heute feiert ein Mensch mit ganz großem Charakter seinen 70. Geburtstag. Gregor steht bis heute an der Seite der Menschen, insbesondere der Ostdeutschen“, sagte Hennig-Wellsow in ihrer Gratulation für Gysi. Sie wünschte ihm: „Alles Gute zum Geburtstag, lieber Gregor!“ ■

## Gelesen

### Biologie & Politik

**Eines stellt Professor Uwe Hoßfeld, Wissenschaftshistoriker und Biologiedidaktiker an der Universität Jena, seiner lezenswerten Schrift „Biologie und Politik. Die Herkunft des Menschen“ voran: „Bis heute gibt es keine wissenschaftlich haltbare Definition des Begriffs „Rasse“ – und dennoch besteht der Rassismus unter Menschen weiter.“**

In seinem Buch rekonstruiert er die Ablösung der religiösen Erklärungen der Herkunft des Menschen durch wissenschaftliche Erklärungen im 19. Jahrhundert. Die Anthropologie erforschte die Abstammung des Menschen, wobei wissenschaftliche Erkenntnisse unterschiedlicher Qualität ihren Weg in Öffentlichkeit und Politik fanden. Mit teils fatalen Konsequenzen: „Rassenforschung, Rassenkunde, Rassenhygiene bzw. Eugenik im 20. Jahrhundert sind dabei nur einige ‚Sonderwege‘ rassistischem Denkens und Handelns.“ Das 20. Jahrhundert benennt Hoßfeld als die Epoche, in der sich Wissenschaft, Gesellschaft und Politik am weitesten auf die Ideologie des Rassismus eingelassen haben, diese zum Teil neu begründeten und an der praktischen Umsetzung beteiligt waren. In der Verwirklichung politisch-ideologischer Visionen sei es um „reine Rasse“, „Rasse ohne Fremdkörper“ oder ohne Kranke gegangen. Für Hoßfeld besteht „eine der größten Perversionen ethnischen Denkens (...) in einer Verquickung von „Rasse“ und Kultur – also in der Tendenz, ein Volk nicht nur kulturell sondern auch genetisch für andersartig zu halten“.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts sei der Begriff „Rasse“ wissenschaftlich weitgehend obsolet geworden. Für das zentrale Kennzeichen der heutigen, oftmals neuen Formen des Rassismus hält Hoßfeld den Wechsel vom dogmatischen Weltbild zur praktischen Weltveränderung. In diesem Sinne beginne Rassismus, „wo Menschen der Ansicht sind, dass die Bekämpfung bestimmter Gruppen anderer Menschen die Welt besser macht“. Statements von Parteien, wie der AfD und der NPD, machen deutlich, dass Rassismus auch heute Grundlage praktischer Politik ist. Der Landeszentrale für politische Bildung ist zu danken, dass sie das Buch bereits in dritter Auflage veröffentlicht. S.W.

**Uwe Hoßfeld: Biologie und Politik. Die Herkunft des Menschen. Landeszentrale für politische Bildung Thüringen (www.lzt-thueringen.de), 2017.**

## Archivgesetz

Den Entwurf der Landesregierung für ein neues Archivgesetz lobte Katja Mitteldorf, kulturpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE: „Die Neufassung des Archivgesetzes ist unabdingbar – die gültige Fassung stammt noch von 1992. Es müssen zum Beispiel neue Datenschutzbestimmungen der EU oder die Folgen von technischen Neuerungen in Gesetzesform gebracht werden. Für uns ist wichtig, dass durch die Neuregelung der Verfassungsschutz keinen Freifahrtschein bekommt, selber über die Archivwürdigkeit seiner Unterlagen zu entscheiden. Archivgut der Behörden und der Regierung haben einen bleibenden Wert und sind ein immens wichtiger Bestandteil des Landeskulturguts.“ ■

## Holter KMK-Präsident

Der Thüringer Minister für Bildung, Jugend und Sport, Helmut Holter, ist neuer Präsident der Kultusministerkonferenz. Das Gremium besteht aus den für Bildung, Wissenschaft und Kultur zuständigen MinisterInnen der 16 Bundesländer. Der bildungspolitische Sprecher der Thüringer Linksfraktion, Torsten Wolf, sieht in der Präsidentschaft „eine große Chance“. Holter sei dafür „genau der Richtige“. Wolf forderte: „Das Kooperationsverbot muss aufgehoben werden und stattdessen muss es eine neue gemeinsame Initiative für mehr Qualität und mehr Chancengerechtigkeit in der Bildung geben. Dafür steht die Thüringer LINKE mit ihrer Politik und ihrem Bildungsminister.“ ■

## „Rasseliste“

Der Landtag hat die „Rasseliste“ abgeschafft. Mit ihr wird die Gefährlichkeit von Hunden aufgrund ihrer Rasse angenommen und nicht anhand des Verhaltens. Thüringen geht nun mit einem Gesetz zum Schutz vor Tiergefahren neue Wege. Sabine Berninger (DIE LINKE), Mitglied des Landtages, sagte: „Eine Rasseliste ist unwissenschaftlich und gefährlich, weil sie falsche Sicherheit vermittelt. Bei 415 Vorfällen waren in Thüringen nur in neun Fällen Rasselistenhunde beteiligt“, informiert sie. „Die Verantwortung für das Verhalten eines Hundes liegt am oberen Ende der Leine, beim Menschen und nicht beim Hund“. Nun wird ein Modell aus Wesenstest und Sachkundenachweis eingeführt. ■



## KURZ UND PRÄGNANT

### Hasse wiedergewählt

Der Thüringer Landtag hat am 24. Januar 2018 den bisherigen „Thüringer Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit“ Dr. Lutz Hasse wiedergewählt.

Die datenschutzpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE Katharina König-Preuss begründete die Entscheidung für den Juristen: „Hasse hat das Amt aus seinem vorherigen Dornröschenschlaf herausgeholt und mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in hoher fachlicher Qualität ausgeführt und aufgestellt. Davon zeugen seine umfangreichen Aktivitäten etwa rund um das Thema Datenschutz in Zeiten der Digitalisierung oder zahlreiche Veranstaltungen zu Big Data, der Nutzung von Algorithmen und der Onlinesicherheit.“

Auch die SPD unterstützt Hasse. Der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag, Matthias Hey, sagte dazu: „In seiner Funktion bringt sich Hasse kompetent in die Diskussion zur Entwicklung des Datenschutzrechts auf Bundes- und EU-Ebene ein. Darüber hinaus gelte er als geschätzter Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger, Kommunen und Unternehmen, wenn es um Datensicherheit und -schutz geht. Damit komme er seiner Beratungsfunktion so gut nach wie bisher keiner seiner Amtsvorgänger.“ Für die Fraktion von Bündnis90/Die Grünen erklärte der Fraktionsvorsitzende Dirk Adams die Wahl: „Mit Dr. Lutz Hasse hat Thüringen einen engagierten und fachkundigen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit. Aus unserer Sicht ist Dr. Hasse der erste Thüringer Datenschützer, der dieser Position auch wirklich gerecht wird.“

Die Amtsperiode des „Thüringer Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit“ ([www.tlfdi.de](http://www.tlfdi.de)) beträgt sechs Jahre. Die jetzige Wahl stand daher nun turnusgemäß auf der Tagesordnung des Parlaments. Dr. Lutz Hasse war 2012 von den Fraktionen der CDU und SPD gewählt worden. Die CDU versuchte nun, seine Wiederwahl mit parlamentarischen Tricks zu verhindern, einen eigenen Kandidaten schickten die Konservativen aber nicht ins Rennen. Kurz vor der Wahl war wie zufällig eine anonyme Anzeige gegen Hasse mit unbewiesenen Vorwürfen aufgetaucht – schließlich das einzige Argument, das die CDU gegen ihn im Parlament vorbrachte. Auch die „Thüringer Allgemeine“ fragte zu recht: „War es eine Intrige?“ Die Störmanöver der CDU blieben erfolglos. Mit der rot-rot-grünen Mehrheit wurde Hasse gewählt.

# „Einer schwimmt im Geld“

Linksfraktion zeigt im Landtag Bilder von Kindern über Arm und Reich

Den Anlass für die Ausstellung begründete bei der Eröffnung der Geschäftsführer des „Deutschen Kinderschutzbundes“ in Thüringen, Carsten Nöthling: „Natürlich müssen von Armut betroffene Kinder nicht auf der Straße betteln. Doch der Betrag, mit dem die Eltern monatliche Ausgaben bestreiten müssen, reicht oft nicht aus, um die Kinder wirklich gut zu versorgen und darunter leiden die Kinder sehr.“ „Kinderarmut ist ein Thema, das in der Öffentlichkeit und bei politischen Verantwortlichen gern verschwiegen wird. Dabei ist mittlerweile jedes fünfte Kind in Deutschland arm“, ergänzte die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Susanne Hennig-Wellsow bei der Eröffnung am 24. Januar 2018.

Die Sprecherin für Kinder, Jugend und Ausbildung der Linksfraktion, Kati Engel, hatte die Ausstellung in der Fraktion mit organisiert. Sie ergänzte: „Ich wünsche uns, dass wir über dieses Thema in vielfältiger Weise nachdenken und durch unser politisches Handeln gemeinsam dazu beitragen, die Armut aus der Gesellschaft zu verbannen.“

Die Ausstellung zeigt Arbeiten von jungen Menschen im Alter von 8 bis 15



Carsten Nöthling, Susanne Hennig-Wellsow und Kati Engel bei der Ausstellungseröffnung „Einer schwimmt im Geld“ im Thüringer Landtag.

Jahren. Sie sind Auszug aus dem Buch „Einer schwimmt im Geld – Kinder über ARM und REICH“, das die Landesverbände Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt des Kinderschutzbundes veröffentlicht haben. Junge Menschen kommen darin unabhängig von ihrem sozialen Status zu Wort. Die Texte und Bilder geben die Erfahrungen und die Meinungen der Kinder und Jugendlichen wieder. Sie stellen dar, was ihnen

im Kontext armer Lebensführung wichtig ist und geben einen Einblick in ihre Lebenswelten.

Die Ausstellung ist bis zum 28. Februar wochentags von 8.00 bis 18.00 Uhr im Thüringer Landtag, Fraktionsgebäude, 4. Etage kostenlos zu sehen. Für den Einlass in den Landtag benötigen Besucher\*innen einen Personalausweis. ■

## Agrarausschuss informiert sich auf der „Grünen Woche“



In einer öffentlichen Anhörung des Thüringer Agrarausschusses Ende Januar stellte Dr. Rainer Gießbübel, Unterabteilungsleiter des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, Neuerungen in der EU-Agrarpolitik vor. Bei Glyphosat sei zwar keine schädliche Wirkung auf den Menschen nachgewiesen, sagte er. Doch der Druck der Gesellschaft zeigte Wirkung und der Ausstieg aus dem auf Glyphosat basierten Ackerbau solle so schnell wie möglich erfolgen – ein Lichtblick für die europäische und Thüringer Verbraucherinnen und Verbraucher. Die Thüringer Landtagsabgeordnete Dr. Johanna Scheringer-Wright (DIE LINKE) regte außerdem ein Verkaufsverbot von Glyphosat für Nichtlandwirte an.

Des Weiteren kündigte Dr. Rainer Gießbübel die Kappung der flächengebundenen Direktbeihilfen an. In Zukunft sollen kleinere und mittelständische Landwirtschaftsbetriebe gestärkt werden. Dies würde, mit Blick auf die ostdeutschen Agrarstrukturen, auch den Thüringer Agrargenossenschaften, große Verluste bereiten. Als Alternative wies Scheringer-Wright auf eine Koppelung der Beihilfen an sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze hin.

Für die Thüringer Landwirtschaft positiv wurde die Betonung des Subsidiaritätsprinzips wahrgenommen. Verstärkt sollen Bund und Länder Direktzahlungen selber gestalten. In Thüringen soll außerdem die Förderung benachteiligter Gebiete schon ab 2018

beginnen. Alle Beteiligten erkannten, dass unter dem Druck steigender Bodenpreise, die Zeit für ein politisches Konzept zum Schutz der Thüringer Agrarstruktur notwendig ist. Dr. Gudrun Lukin, verkehrspolitische Sprecherin der Linken, brachte den zusätzlichen Flächenverlust durch Flächenversiegelung von 30 Hektar pro Jahr in den Fokus.

Als deutlich positives Signal wurde das Bekenntnis zur Verbesserung der Tierhaltung, der weiteren Ökologisierung der Landwirtschaft und der Stärkung der ländlichen Räume aufgenommen. Allerdings müsse der Verzicht auf Kupieren und Kastrieren sich auch in den erzielten Preisen niederschlagen. Tilo Kummer, umweltpolitischer Sprecher der Thüringer Linksfraktion, warnte vor einem Verlust an Tierhaltern unter den Thüringer Landwirten. Besonders die Tierhalter müssen gegenüber der Marktmacht der Nahrungsmittelindustrie und der großen Verkaufsketten gestärkt werden. Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen nahmen Vertreter der linken Bundestagsfraktion und für die linke Thüringer Landtagsfraktion Dr. Scheringer-Wright an der Demonstration für eine soziale und ökologische Agrarwende teil. 33.000 Menschen gingen für ihre Vorschläge zur Stärkung einer regionalen, umweltverträglichen Landwirtschaft auf die Straße. Marit Wagler



## Dokumentiert

# „Wir machen's gerecht!“

Aus der Grundsatzrede des haushaltspolitischen Sprechers der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Mike Huster:

Der Thüringer Landtag hat am 25. Januar 2018 den Landeshaushalt für die Jahre 2018/19 beschlossen. Wir dokumentierten Auszüge aus der Rede des haushaltspolitischen Sprechers der Fraktion, Mike Huster:

„Dieser Haushalt ist ein Zukunftshaushalt für Thüringen und seine Bürger. Es wird massiv investiert: In die Menschen, in die Bildung, den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft, in die Kultur, in die Infrastruktur. Die Menschen im Land haben maßgeblich die derzeitigen Überschüsse der öffentlichen Haushalte erwirtschaftet. Wir sehen uns in der Pflicht, daher den weitestgehend größten Teil dieser Überschüsse wieder in die Haushalte fließen und dort den Menschen zukommen zu lassen.“

Durch ein gebührenfreies letztes Kindergartenjahr entlasten wir Familien um 1.440 Euro pro Jahr. Durch steigende Investitionen in Schulgebäude und Sportanlagen, Theater und Orchester, Schiene und Straße in einer Höhe von 1,7 Milliarden Euro Gesamtinvestitionen. Durch die Mehreinstellung von Lehrerinnen und Lehrern und die Erhöhung der Ausbildungszahlen für Polizistinnen und Polizisten. Durch die Abfinanzierung der CDU-verursachten Schulden aus den früheren Jahren. Im Landeshaushalt und in den so genannten Sondervermögen werden wir in dieser Legislatur mindestens 423 Millionen Euro getilgt haben.

Die Haushalts- und Finanzpolitik von Rot-Rot-Grün bricht mit den Glaubenssätzen früherer CDU-Politik. Sie bestand darin, permanenten Steuersenkungen im Bund das Wort zu reden und somit die öffentlichen Haushalte auszutrocknen und ihnen damit Schritt für Schritt die Möglichkeit politischer Gestaltung zu nehmen. Jenseits aller parteipolitisch aggressiv vorgetragenen Polemik waren steigende Schulden und damit eine höhere Abhängigkeit von internationalen Kapitalmärkten und Spekulationen die Folge.

Wir bauen mit Augenmaß und Verstand alte Schulden ab, beenden die CDU-Schattenhaushalte mit ihren hunderte Millionen schweren Schulden. Und wir beginnen ein neues Kapitel beim Abbau der Schulden: Mit dem „Gesetz zur finanzpolitischen Vorsorge für die steigenden Ausgaben der Beamtenversorgung“ wird ein verstetigter Abbau der Schulden Gesetzeskraft erlangen und zwar so, dass heute eingegangene Verpflichtungen des Landes zur Verbeamtung einhergehen mit einem Abbau alter Schulden, damit in einigen Jahren und Jahrzehnten die aus dieser Verbeamtung folgenden Pensionen durch gesunkene Zinszahlungen aus dem Haushalt vernünftig finanziert werden können, ohne dass dann aktuelle Herausforderungen beispielsweise im Bildungs- oder Sozialbereich unter dem Vorwand leiden müssen, es sei

nun kein Geld da. Diese Regierung und die sie tragenden Fraktionen machen Schluss mit der alten „Nach uns die Sintflut-Politik“, wir stellen uns den künftigen Herausforderungen.

Seitens der CDU steht der Vorwurf im Raum, wir würden zu wenig für die Vorsorge tun und das Geld zum Fenster hinaus werfen. Das Gegenteil ist richtig: Thüringen und seine Kommunen profitieren wie alle anderen Bundesländer von der robusten Konjunktur, weiter stabilen und auf sehr hohem Niveau befindlichen Steuereinnahmen. Zudem konnte mit der Einigung über die Bundesländer-Finzen ein drohendes Mindereinnahmen-Szenario für die Bundesländer Ost vermieden werden. Zudem profitieren die öffentlichen Haushalte drittens von dem historisch niedrigen Zinsniveau: Was für die einzelnen

Ich möchte die CDU loben: Aus dem Grund, dass sie dieses Mal tatsächlich Änderungsanträge gestellt hat. Nun macht eine Schwalbe noch keinen Sommer und eine Klassenarbeit ist noch nicht deshalb bestanden, nur weil dieses Mal die Arbeit auch abgegeben wurde. Allerdings gebietet es der Respekt, einmal zu sagen: Gut, dass die CDU das tut, was man von einer Opposition auch erwarten kann, nämlich Änderungsanträge in einer Haushaltsdebatte stellen. Bravo! Uns ist aufgefallen, dass die Opposition dennoch nicht zufrieden ist. Mag sein, dass Ihre Erwartungen andere waren, gingen Sie doch von einem Scheitern von Rot-Rot-Grün gerade auch in der Haushalts- und Finanzpolitik aus. Nun, dieser Haushalt enttäuscht wiederholt Ihre Hoffnungen: Dieser Haushalt führt Thüringen weiter nach vorn. (...)



Landeshaushaltsplan 2018/2019 beschlossen.

Sparer eher ärgerlich ist, ist für die öffentlichen Haushalte fast schon ein Segen: Thüringen gibt gegenüber 2007 300 Millionen Euro weniger für Zinsen aus und das jährlich. Dieses Geld steht uns nun zur Verfügung, um die Sünden der Vergangenheit von versäumten Investitionen aufzuholen und das Land zu modernisieren.

Alle drei Faktoren: gute Konjunktur mit guten Einnahmen, stabile Bundesländer-Finzen mit stabilen Einnahmen und niedrige Zinspflichten machen künftige Landeshaushalte jenseits einer destruktiven Kürzungslogik wieder gestaltbar und darüber sollten alle Akteure hier im Haus sehr froh sein. Und weil die Haushalte wieder gestaltbar sind, andererseits aber ab 2020 die Schuldenbremse im Grundgesetz gilt und strengere Regeln für Kreditaufnahmen im konjunkturellen Normalzeiten vorgesehen sind, gilt es, Überschüsse neben der Tilgung alter Schulden sinnvoll in Rücklagen überzuführen (...) Das ist verantwortungsvolle Haushaltspolitik, das ist vorausschauend, das ist rot-rot-grüne Haushalts- und Finanzpolitik! (...)

Wir (...) investieren stark in allen Bereichen des Landeshaushalts und in die Thüringer Kommunen. Diese Regierung und die sie tragenden Fraktionen nehmen die Herausforderungen der Zukunft an. Dieser Haushalt ist ein wichtiger Meilenstein für mehr soziale Gerechtigkeit, für deutlich mehr Investitionen in Bildung, Kultur und Infrastruktur. Wir laden die Menschen ein: Gestalten Sie mit, gestalten Sie die Demokratie mit und tun Sie das solidarisch und ohne Ellenbogen und ohne Angst. Lassen Sie uns Thüringen weiter sozial gerecht, mutig, freundlich und einladend gestalten!“

Alle Reden der Fraktion DIE LINKE zum Haushalt können Sie als Videos anschauen:



## Nein zum Südlink!

Eine weitere Hochspannungsleitung soll Thüringens Landschaft zerschneiden. Die sogenannte „Süd-Link“-Trasse soll nach dem Willen der Betreiber „Tennet“ und „TransnetBW“ sowie der „Bundesnetzagentur“ Strom aus dem Norden quer durch den Freistaat nach Süddeutschland durchleiten. Doch gegen den Trassenbau regt sich seit Langem Protest von AnwohnerInnen, Bürgerinitiativen und Politik. Die rot-rot-grüne Landesregierung unterstützt den Widerstand.

Schon im März 2017 hatte der energiepolitische Sprecher der Thüringer Linksfraktion, Steffen Harzer, deutlich die Ablehnung erklärt: „Die Planung zu Südlink ist ein Skandal.“ Die Trasse werde nicht gebraucht, zudem sei der Korridor durch Thüringen die längere und teurere Variante als über hessisches Gebiet. Er zerschneide Wohnräume, ein Naturschutzgebiet und das „Grüne Band“. „Mit Blick auf Mensch und Natur und die bereits in Thüringen vorhandenen Trassen kann ein zusätzlicher Trassen-Neubau Thüringen nicht zugemutet werden“, unterstrich Harzer. Die geplante Mega-Stromtrasse zerstöre die Natur, führe zu höheren Strompreisen bei privaten Verbrauchern und Kleinunternehmer und fülle nur die Kassen der Netzbetreiber. „Das schadet der Energiewende, dem notwendigen Ausbau des Klimaschutzes und damit unserer Zukunft“, stellte Harzer fest. Nun kritisierte der Energieexperte: „Wieder einmal zeigt sich wie fest hier Wirtschaft und öffentliche Verwaltung verwoben sind.“

Das Thüringer Planungsministerium unter Birgit Keller (DIE LINKE) hatte der „Bundesnetzagentur“ eine alternative Route vorgeschlagen. Sie sagte: „Das vorgelegte Gutachten überzeugt nicht. Ich kann der Bundesnetzagentur nur noch einmal eindringlich den Rat geben, den alternativen Thüringer Erdkabelvorschlag, der entlang der westlichen Luftlinie außerhalb Thüringens verläuft, in das weitere Verfahren aufzunehmen“, sagt Thüringens Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft Birgit Keller. „Jetzt ist es wichtig, dass wir uns weiterhin mit vereinten Kräften gegen die Pläne der Vorhabenträger stemmen.“

Die nun mitgeteilte Ablehnung der Vorschläge durch die Bundesbehörde nannte Ministerpräsident Bodo Ramelow (DIE LINKE) „kaltschnäuzig“ und „irritierend“. Entscheidung und Begründung würden zeigen, dass die Thüringer Bevölkerung und die Umwelt des Freistaates der Behörde in Berlin offenbar weniger wert seien, als die Menschen in Hessen. „Das finde ich unanständig“, zeigte sich Ramelow empört. Er kündigte im Rahmen einer Regierungsmedienkonferenz den Betroffenen rechtliche Hilfe an. Er forderte: „SüdLink hat auf Thüringer Boden nichts zu suchen!“, forderte er. Auch Keller stellte klar, dass sie beim Nein zum „Südlink“ durch Thüringen bleibe. Sie werde weiter für einen anderen Verlauf streiten. ■



# Buchenwald: Holocaust-Gedenktag

Gedenken zum 27. Januar im Thüringer Landtag und der Gedenkstätte Buchenwald

**Zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus fanden in diesem Jahr in Thüringen Gedenkveranstaltungen unter anderem im Landtag und in der Gedenkstätte Buchenwald statt.**

Zur Gedenkstunde und einer Gesprächsrunde in das Parlament waren am Vormittag des 26. Januars rund 200 Personen aus dem In- und Ausland gekommen, unter anderem die Opfer des Faschismus und ehemaligen Häftlinge Naftali Fürst, Günter Pappenheim, Kurt Pappenheim, Raymond Renaud und Heinrich Rotmensch. In seiner Rede betonte Landtagspräsident Christian Carius (CDU) die Unmenschlichkeit und Einmaligkeit der NS-Verbrechen: „Ich bleibe dabei: Nichts ist vorstellbar, was fürchterlicher sein könnte. Auch die Zahl der Opfer ist und bleibt bis heute für uns eine unfassbare Größe.“ Er hob zudem die Notwendigkeit und Bedeutung hervor, die Erinnerungen der Überlebenden des deutschen Faschismus und ihrer Angehörigen zu hören. Er wandte sich an die Anwesenden und sagte: „Mit Ihnen und den Angehörigen der Überlebenden, wird über 70 Jahre nach dem Holocaust aus erlebter Geschichte tradierte Erinnerung, die so auch uns im Gedächtnis bleibt.“

Auch Ministerpräsident Bodo Ramelow (DIE LINKE) sprach in der Gedenkstunde am Vortag des Holocaust-Gedenktages im Parlament. Er forderte – auch und gerade mit Blick auf den gesellschaftlichen Rechtsruck und das Erstarken der AfD: „Wir gedenken der Opfer des Nationalsozialismus. Es ist unsere Verpflichtung und unsere Verantwortung, aktiv an diese Zeit zu erinnern und die tiefen Verstrickungen sichtbar zu machen. Eine Relativierung oder Schlussstrichmentalität dürfen wir nicht zulassen. Wir sprechen vom schlimmsten Zivilisationsbruch der Geschichte. Nur so wird Versöhnung möglich sein. Nur so können wir die Mechanismen der Unmenschlichkeit erkennen.“



*Bodo Ramelow und Christian Carius zur Kranzniederlegung in Buchenwald.*

Mittags fand dann in der Gedenkstätte Buchenwald eine Kranzniederlegung zur stillen Erinnerung statt. Nur der Leiter der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, Volkhard Knigge, hielt hier eine kurze Ansprache. Er verteidigte die Erinnerungskultur gegen Kritik von rechts. Buchenwald sei auch ein „Ort des Stolzes“, Geschichte gegen den Strich zu bürsten: „Das haben wir zu verteidigen, und vielleicht im Moment mehr als wir vor zehn Jahren gedacht haben.“ Er betonte, die Gedenkstätte sei kein „dämliches Denkmal“ oder ein „Ort der Schande“, wie neuerdings Politiker der AfD behaupten.

Die Landes- und Fraktionsvorsitzende der Thüringer LINKEN, Susanne Hennig-Wellsow, sagte zu dem Gedenktag: „Der 27. Januar erinnert nicht nur an die Befreiung des Vernichtungslagers KZ Auschwitz-Birkenau 1945 durch die Rote Armee. Dieser Tag steht auch für die Erinnerung daran, wie

schnell Nationalstolz sowie antisemitische und rassistische Stereotype in massenhaft begeisterte Zustimmung umschlagen konnten, die in der Konsequenz die millionenfache Ermordung von Menschen bedeutete. Jene Einstellungen, die damals erst zur Diskriminierung, dann zur Vernichtung von Menschen führten, sind weiterhin breit in der Gesellschaft vorhanden. Gerade auch vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Rechtsrucks bleibt es unsere Aufgabe, weiter zu reflektieren, wie es damals so weit kommen konnte und wie wir heute wirksam Hass und Ausgrenzung begegnen können.“ Sie forderte abschließend: „Wir müssen auf Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit mit mehr Bildung und Aufklärung reagieren. Dort, wo uns menschenverachtende Einstellungen begegnen, dürfen wir als Gesellschaft nicht still schweigen, sondern müssen aktiv die Stimme zur Gegenwehr erheben.“ ■

## Nebenbei NOTIERT

Gastbeitrag von **Stefan Wogawa**

### Anrufe von „Vladimir“

In der „Süddeutschen Zeitung“ hat sich Heribert Prantl gegen die Wahl von Stephan Brandner zum Vorsitzenden des Rechtsausschusses des Bundestags ausgesprochen. Brandner, von 2014 bis 2017 für die AfD im Thüringer Landtag, sei „ein rechter Pöbler“.

Es spricht noch mehr gegen Brandner. Dazu die folgende Geschichte: In einem Artikel in der „Thüringer Allgemeinen“ (TA) vom April 2015 berichtete Brandner, er werde per Telefon bedroht. Anonym, von einem Mann, der sich „Vladimir“ genannt habe. Und martialisch geworden sei: „Wir Russen kennen nur Selbstjustiz.“ Dann geht es in dem Beitrag weiter: „Warum der Spuk im Dezember begann? Brandner hat viel gegrübelt; Beweise hat er nicht. Vielleicht, spekuliert er, gibt es einen Zusammenhang mit seinen zwei ungültigen Stimmen bei der Wahl am 5. Dezember.“ Brandner hatte, darauf wurde extra hingewiesen, bei der Wahl von Bodo Ramelow zum Ministerpräsidenten ungültige Stimmzettel abgegeben. Warum „Vladimir“ deswegen zur „Selbstjustiz“ greifen wollte, darüber „spekulierte“ Brandner nicht.

Nach zwei Wochen berichtete die TA wieder. Jetzt ging die Geschichte so: „Da behauptete jemand, ich hätte in den 90er-Jahren Frauen mit K.o.-Tropfen gefügig gemacht, sie gefilmt und die Aufnahmen ins Internet gestellt.“ Der Anrufer habe gesagt: „Wir Russen kennen nur Selbstjustiz.“ Und nannte sich „Vladimir“. O-Ton der TA: „Was Brandner, wenn er spekuliert, für möglich hält, ist folgendes. Es ist eine Geschichte, die vor Weihnachten als Irrsinn begann.“

Drohanrufe sollen nicht bagatellisiert werden. Vor Weihnachten 2014 wusste Brandner, dass es dabei um etwas ganz anderes ging, als Ramelow nicht gewählt zu haben? Warum hat er dann im April 2015 öffentlich darüber „spekuliert“? ■

## LINKE auf „Thüringen Ausstellung“

Die diesjährige „Thüringen-Ausstellung“ findet vom 24. Februar bis zum 4. März auf der Erfurter Messe (Gothaer Straße 34) statt. Thüringer Produkte, Unternehmen und Organisationen aus der Region sind zu sehen. DIE LINKE wird auch in diesem Jahr interessierte Bürgerinnen und Bürger dort über ihre Arbeit informieren.

Lernen Sie die Arbeit der größten Regierungsfaktionen kennen. Arbeitskreise, Konferenzen, Fachveranstaltungen stehen auf dem politischen Tagesprogramm der Parlamentarier.

An einem gemeinsamen Stand auf der Messe werden DIE LINKE, SPD und Bündnis90/Die Grünen mit Landtagsabgeordneten und MitarbeiterInnen der Fraktionen Ihnen Rede und Antwort stehen. In der Regel ist die „Thüringen Ausstellung“ täglich von 10 bis 18 Uhr geöffnet.

**Mehr Informationen über das Programm, Aussteller, Öffnungszeiten und Eintrittspreise finden Sie im Internet unter [www.thueringen-ausstellung.de](http://www.thueringen-ausstellung.de)**

## IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG ([www.unz.de](http://www.unz.de)).

### Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

### Redaktion:

Paul Wellsow (V.i.S.d.P.)

Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2321

E-Mail: [wellsow@die-linke-thl.de](mailto:wellsow@die-linke-thl.de)

Internet: [www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de)

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.